

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

270 (26.11.1910) 3. Blatt

Samstag

26. Nov. 1910.

□ Die „Münch. Neuest. Nachr.“ und der Beuroner Kaiserbesuch.

Nr. 535—537 und 540 der „Münch. Neuest. Nachr.“ bringen bezüglich „des Kaiserbesuches in Beuron“ Artikel, die entschieden Berichtigung fordern. — Da der Kaiser besuchte am 18. Nov. mit dem Fürsten und der Fürstin zu Fürstenberg „die Erzabtei Beuron“, — vom Kaiserautomobil folgten 8 weitere Autos — hohe und höchste Herrschaften im Gefolge seiner Majestät. — Es war zum ersten male, daß der Kaiser Beuron besuchte, jedenfalls folgen diesem ersten Besuch noch andere, alsdann blieben die „M. N. N.“ mit Recht schreiben: „nach dem von ihm (dem Kaiser) schon vielfach besuchten Kloster Beuron“.

Doch die „Klerikalen“ die große Ehre und Freude, die ihnen durch den Kaiserbesuch zu teil wurde, durch ihre Blätter sind kaum geben, kann doch niemand wundern, daß Nachricht war auch wichtig genug, daß der „Bad. Beobachter“ und der „St. Paul. Volkszeitung“ Telegramme darüber aufstellten; — die „M. N. N.“ las die (Schredens!) — funde noch immer früh genug am Morgen aus der Zentrumspresse; jedenfalls rieben die „M. N. N.“ sich dabei noch schlaftrunken die Augen — die Meldung enthält doch nur nicht zu leugnende Tatsachen — und die „M. N. N.“ träumten dabei von einer Auskunftung des Kaiserbesuches! Wahrhaftig noch Nachtwesen am heiligsten Tag!

Der Jetzdruck im Zentrumblatt springt den „M. N. N.“ so scharf in die Augen, schnell seien sie die Brillen auf und schien nach Portugal; die Vorgänge dagegen illustrieren die Richtigkeit der in der Kaiserrede ausgesprochenen Anschauungen vortrefflich; auch die „M. N. N.“ können von der Richtigkeit dieser Anschauungen überzeugt sein, — oder haben etwa die Klöster in Portugal den Thron gestiftet? — Die kündliche Einfalt und Unwissenheit der „M. N. N.“ betreifst der Umwälzung in Portugal ist erbarmungsWürdig! Sie mögen sich daher delecten lassen, daß nicht die Klöster, sondern glaubens- und sitzenlose Menschen den portugiesischen Königs-thron stürzten.

Leider sind die „M. N. N.“ auch mit der zufälligen Anwohnung der Abtei von Maria-Laach und Löwen im Zentrum; — der Besuch der beiden Abtei war schon längst festgelegt, ehe Beuron einen Kaiserbesuch ahnte. Dass die anwohnenden Prälaten Seine Majestät in Beuron begrüßen könnten, nennen wir lieber „glückliche Augen“ — als Aufall; — die „M. N. N.“ übersehen die Anwesenheit von R. B. Cornelius Knebel, Prior des Sionsklosters zu Jerusalem; jedenfalls war er für den Kaiserbesuch aus Palästina herbeileitert, und die „aufällige Anwohnung“ dreier hervorragender Benediktiner wird ja noch bedeutsicher. — Si unter dem Abtprimus zentralisierten Söhnen St. Benedicts tun sich Leute wie vor einem Jahrtausend auf jedem Gebiet Kraftvoll und gegenständig hervor, der alte wohlthätige Einfluss des Benediktinerordens hat sich aber gezeigt als verhindert; allerdings geht in unsern Tagen mancher die Feinfühligkeit und Weitfühligkeit zu dieser Wahrnehmung ab; — im übrigen dürfen sich die „M. N. N.“ betreifst der Unabhängigkeit und Bodenständigkeit der Benediktinerklöster in Deutschland vollständig beruhigt halten.

Wäre die Erinnerung an Maria-Laach und den ehemaligen Abt, Bischof Benzler, dem Kaiser so unangenehm, wie die „M. N. N.“ vorausgesetzt, so hätte der Nachfolger von Bischof Benzler, Abt von Maria-Laach, Fidelis Freiherr von Stotzingen, mit seinem Tatgefühl es gewiß vermieden, Seine Majestät zu begrüßen; der Kaiser war gegen Abt Fidelis von Maria-Laach genau so baldreich und herlich wie gegen die anderen Benediktiner. Seine Majestät kennt in der Person des Gottmenschen Jesus Christus, dem Stifter des Christentums, den Gott der Thronen der christlichen Kirchen, — und dies mit Recht — — umso mehr die Borromäus-Engelika des Kaiserlichen — Bekanntschaft beeinflussen könnte, ist nicht einzusehen, selbst wenn der Heilige Vater bei seiner Engelika, die man ihm verleumderischerweise unterstellt.

Das römische Kirchenregiment hat niemals Zündungen, Gräßtütungen und Katastrophen in irgend einem Staat hervorgerufen, die traten immer erst dann ein, nachdem man die Kirche unterdrückt und gefriedet hatte; die Pflichttreue, gewissenhaftes Aufgehen in den hohen Aufgaben eines Herrschers haben immer nur in überzeugungstreuer Religiosität gezeigt, ohne Religion ist allem der Boden eben entzogen.

Die „M. N. N.“ werden gut tun, ihre Gesichtskenntnis aus klarerer Quelle zu schöpfen. Nicht künftige Klerikale richten das alte deutsche Kaiserium zu Grunde; — das bezeugte die Berippliterung Reiches, der Zweckpakt im eignen Hause; — die Einigkeit, die gemeinsame Zusammenhalt ohne Sonderinteresse und — auch die „Klerikalen“ anerkennen es — das Geheim eines Bismarck hat Deutlichkeit wieder stark gemacht.

Was die „M. N. N.“ unter Weisraum und Mystik von Beuron versteht, bleibt zu ergänzen. — Kaiser Wilhelm II. bat in allen kritischen Stunden treulich seinen Mann gestanden und ist sich bewußt, was in stürmischen Zeiten den Thron stützt, die Krone schirmt; — klar und wahr hebt sich das Bild Kaiser Wilhelms auch vom Beuroner Hintergrund, wohl so klar, wahr und scharf wie selten, da er mit kaiserlicher Freiheit seine Anschauungen, seine Überzeugung fundiert.

Wiederum wundern sich die „M. N. N.“, daß die Kaiserrede durch „Klerikal“ Blätter und Extra-

Blätter veröffentlicht wird; jo ist den Klerikalen doch die genaue Wiedergabe der Rede verbürgt. — Ja, die Kaiserrede klingt noch energetischer, noch beflügelter und kräftiger als die erste feste Inhaltsangabe der „mönchischen Redaktion“ an die Klerikale

Presse; die Benediktinermönche beobachten eben immer kraftvolle, kluge Zurückhaltung und weise Diskretion; die fortreiche Übermittlung der Kaiserrede wird wohl auch den „M. N. N.“ genügend garantieren sein, wenn sie erfahren, daß Seine Majestät selbst die Durchsicht der stenographierten Reden am folgenden Tage vornehmen.

Die Art der Publication des Kaiserbesuches und der Kaiserrede war durchaus vornehm, ganz dem vornehmsten Kultusgefühl der Benediktinermönche entsprechend. Es war durchaus kein Grund vorhanden, die Tatsachen des Kaiserbesuches und der Kaiserrede unter den Scheitel zu stellen; doch diese Tatsachen, von Beuron aus den Leuchter gestellt, den „M. N. N.“ so grell in die Augen fallen und peinlich berühren, ist zu glauben.

Kaiserliche Ansprachen finden von dort den Weg zum deutschen Volke, von wo sie geprägt werden — also in diesem Halle von Beuron aus —, und niemals wird man beruhigtere, kraftvollere Hände finden, kaiserliche Ansprachen dem Volke zu vermittelnd, als die klugen, segenspendenden Hände der Benediktinermönche!

„Echo von Beuron“ — ist der Artikel in Nr. 540 bestellt; was verstehten die „M. N. N.“ denn wohl unter einem Echo? Der Widerhall vom Kaiserbesuch in Beuron klingt wahrhaftig ganz anders als der „Reichsdeutsch“, die „M. N. N.“ u. a. ihn verläudnen.

Der Kaiser dürfte über die Benediktiner wohl ein besseres Urteil haben als Berliner Zeitungsschreiber, die vielleicht in ihrem Leben niemals einem Benediktiner begegneten, gleichzeitig denn die Ehre seiner Bekanntmachung hatten. Für seine Rede kommt Seine Majestät keine würdigere, wirkungsvollere Kanzel haben als das Beuroner Mönchs-Kloster; die hochbedeutende Kaiserrede im Schatten des Kaiserkreuzes zu Beuron findet in allen deutschen Gauen freudigen Widerhall, einige Schreier können daran nichts ändern; im deutidichen Vaterland halten treu zusammen Altar und Thron!

Der zweite Vizepräsident im Reichstage.

Erbprinz Erwin zu Hohenlohe hat in den wilden Tagen der Borromäus-Engelika die Stelle des zweiten Vizepräsidenten niedergelegt; das war sein gutes Recht, vielleicht auch der Not entsprungen, denn recht wohl fühlte er sich auf dem hohen Sessel im Reichstag nicht. Man hatte nur zu oft den Eindruck, daß hier das alte Dichterwort seine neue Bedeutung findet: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“ Wollte er also einem Amt, für das er nicht sehr geeignet war, entfliehen, so hätte man das menschlich begreiflich gefunden. Anders ist es mit der Begründung dieses Schrittes; sie war eine Befleidung für den katholischen Vizepräsidenten Dr. Spahn und für alle statthaften des Reiches. Der Langerbürger Erbprinz motivierte nämlich seinen Schritt damit, daß er meinte, jetzt könne kein überzeugter Protestant mehr mit einem Katholiken im Präsidium sitzen. Dazu er dach durch den Reichstagspräsidenten Grafen Schwerin-Löwitz zu nahe trat, merkte er wohl nicht. Aber diese Tatlosigkeit werden wir nicht vergessen. Sie hat dem Erbprinzen die vielleicht erhoffte Glorie nicht gebracht; seine eigenen Parteifreunde waren sehr erstaunt, daß dieser Schritt ohne jegliche Fühlungnahme mit ihnen erfolgte und daß man sie vor einer vollendete Tatsache stellte.

Rum aber hatte die liberale Presse lustige Motive, um immer wieder raten zu können: wie wird Vizepräsident? Teilweise jahre sie die neue Mehrheit in heilloher Verlegenheit; da schrieben gar einige Blätter, daß die Stelle gar nicht mehr bejett werden würde, die Fraktionen würden nicht, was sie tun sollten usw. Gut! Diesen Alleswissern sei heute verraten, daß die Zentrumstraffung des Reichstages eine ganze Minute auf diese Angelegenheit verwandte und diese wurde dadurch ausgenutzt, daß der Vorsitzende mittelte, die Reichspartei stelle den Kandidaten und dieser sei der Abg. Schulz. Alles war einverstanden. Da haben die Leute ein Bild, wie die Stimmung in einem Teile der Presse gemacht wird.

Die Beziehung der Stelle war eine Aufgabe der Reichspartei. Diese gibt darüber folgende parteioffizielle Erklärung ab: „Nach der Auffassung der Reichspartei wohnt der Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages zurzeit keinerlei Bedeutung bei. Es würde demzufolge auch nach der in jenen Fällen bisher üblichen Regel zu verfahren sein, daß die Stärke der Fraktionen den Ausschlag gibet. Daher würde die Beziehung der Stelle des zweiten Vizepräsidenten zunächst den Nationalparteien und sofern diese ablehnen, den vereinigten Fraktionen der Linken zukommen. Von dieser Auffassung der Reichspartei sind die anderen Fraktionen verständig. Die beiden liberalen Parteien haben aber abgelehnt und so stellt die Reichspartei selbst als drittstärkste Fraktion den Posten für sich, wollen sich aber den üblichen Wünschen nicht unterwerfen. Wie sehr sie es auf eine bloße Demonstrationswahl abgegeben haben, sieht man aus dem Umstände, daß sie den Abg. Singer prämierten; dieser aber ist so schwer angreifend, daß er das Amt gar nicht ausüben könnte. Der Arzt hat ihm völlige Arbeitsruhe verordnet.“

Der neue Vizepräsident, Landgerichtsrat Schulz in Bromberg, trat 1907 in den Reichstag ein als Nachfolger des Herrn v. Tiebmann; er war anfangs ein scharfer Konsist, lernte aber im Reichstage bereits, daß man auch in der Politik mit Wasser füllt. Im Vorjahr bemühte er sich sehr um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform; in diesem Jahre ist er Vorsitzender der Reichsversicherungskommission und hat sich so schon Geschick in der Leitung von Verhandlungen angeeignet. Persönlich ist er ein sehr liebenswürdiger Herr, der auch in seinem Wahlkreis Worms recht angejehen

ist und im Reichstage wohl keinen Feind hat. Man darf erwarten, daß seine Geschäftsführung eine allgemein befriedigende sein wird; jedenfalls wird er es besser machen als sein unmittelbarer Vorgänger. Die Hoffnung der Gegner auf eine Art politische Krise aus der gesamten Angelegenheit ist somit ins Wasser gesunken.

Freidenkerkum und Revolution.

Mit zynischer Offenheit läßt allmählich das Freidenkerkum den Schleier von seinem umstürzlerischen Treiben. So wird im „Freidenker“ (Nr. 21 vom 1. November 1910) mit Stolz und Befriedigung abgeurad, was das radikale französische Blatt „L'Amour“ über die Revolution in Portugal geschrieben hat. Die Notiz lautet:

„Wenn die Revolution so leicht triumphieren konnte, dann ist Portugal nicht zum wenigsten den zahlreichen Freidenkervereinen und Freimaurerlogen. (In Portugal propagiert auch das Freimaurertum die Grundzüge der Freidenker und der Gewissensfreiheit.) Es gibt in Portugal bereits 100 Freidenkervereine mit mehr als 15.000 Mitgliedern. Die Zeitungen „Vanguardia“, „Mundo“, „Portugal“, „Palz“, „Porto de Povo“ in Lissabon und „Voz publica“ in Porto unterhalten ihre Verbretungen. Der erste portugiesische Freidenkerkongress wurde vom 19. bis 22. April in Lissabon abgehalten und war von 392 Delegierten besucht. Der Freidenkerkongress Portugals steht unter dem Präsidium von Magalhaes Lima, der jetzt auch berufen ist, in der Republik eine große politische Rolle zu spielen.“

Wir sind dem Blatt dankbar, daß es so offen hier eingestellt, was die Herren sonst so laut abstreiten.

Alois Loge und Freidenkervereine Arm in Arm und unter einer Decke gegen Thron und Altar wählen, um allmächtigen aber gegen den Altar, womit sie selbst eingeschlossen, daß sie in der Kirche selbst als stärkste Volkswerk seien, das sich ihren Umsturzbemühungen entgegenstellen und das darüber erst fallen muß — so mindestens es wenigstens die Freidenker annehmen.

Wenn die Redaktion des „Freidenker“ in dem in Klammern eingefügten Satz das Freidenkerkum eintritt läßt für Gewissensfreiheit, so müssen wir dazu bemerken: unverantwortlicher ist noch nie geologen worden, als wenn Leute, die jeden katholischen Geistlichen mit dem Tode bedrohen, die in Lissabon wie voriges Jahr in Barcelona in der Hinrichtung von wehrlosen Ordensleuten sich hervortun, die jedeweile dienstliche und religiöse Lebzeugeungen haben mit dem Tod des Danatifers, die meinen, bei aller Anerkennung des Einflusses von Einzelstaaten und Gemeinden das Reich die Grundlage für die außerordentliche Entwicklung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens und damit für den Wertzuwachs an Grund und Boden bilde. Dem Reich seien nur wenig Verfehlungen zugänglich und gerade die Zinsabnehmer habe im Volksbewußtsein eine besonders tiefe Wurzel gefaßt. Durch die Zinsabnehmer sei auch Gelegenheit gegeben, an der Entwicklung unserer Heereseinrichtungen und an der Besserung des Volkes unserer Veteranen mitzuarbeiten. Die Kommission beschloß, die Rede des Staatssekretärs im Vorlaufe allen Mitgliedern zugänglich zu machen, und vertrug sich auf Donnerstag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. November 1910.

Am Bundesratstags-Saalsitzung Dr. Delbrück. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr.

Die Beprüfung der Interpellation über die Fleischsteuerung wird fortgesetzt.

Hilbenbrandt (Soz.) führt aus: Die Erbteilung der Arbeitnehmer über die Fleischsteuerung wird noch dadurch verzögert, daß die Regierung keinen Schritt zur Linderung unternimmt. Der Arbeitnehmer hat einen Anspruch auf die Möglichkeit des Fleischgenusses und verlangt von der Regierung, daß ihm dieser Genuss ermöglicht werde. Wir brauchen nicht nach Schlagnworten für die Wahlen zu suchen. Dafür jagen Sie (nach rechts) und das Instrument des Himmels. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstagskongress verfügt als Instrument des Volkes. Deshalb muß das Volk selbst die Steuerung bestimmen durch die Aufhebung der verteuerten Politik der individuellen Steuern und Zölle. Besonders will man nicht wenigstens ausländisches Getreide einfassen? Die ganze Wirtschaftspolitik kommt auf die Politik der Junten hinzu. (Befall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück erklärt: Die Mehrheit des

Bundes (natl.): Ich gebe zu, daß eine Preissteigerung für Kind und Schafleisch eingetreten ist, nicht aber für Schweinefleisch. An der Steigerung ist die Landwirtschaft nicht schuld. Durch die Öffnung der Grenzen würde das Fleisch nicht befehligt, sondern nur durch möglichste Hebung des Produktions. Der Bund der Landwirte hat nicht die Dienstleistung, die er für aufreißt. Die Konkurrenz sollte der inneren Kolonisation nicht direkte oder indirekte Hindernisse bereiten. (Beruf rechts, Unwirtschaft.) Ein solcher Zuwurf ist eine Gemeinschaft. (Nebener wird zur Ordnung gerufen.) Die Nationalisierer seien fein für den Schutz des nationalen Arbeit eingetreten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Robert (wildliberal): Ob eine Fleischsteuerung besteht, verspürt man auch in der Reichstagsrestaurierung. (Große Beifall.) Der Landwirtschaftsminister will den Außenhandel ausschalten. Ist das Mittelstands-politik? (Sehr gut! links.) Nebener wendet sich gegen die Gastronomie und sagt, es sei höchste Zeit, daß die Regierung etwas tue. (Beifall links.)

Linz (apt.) erläutert: Der Fleischstammtyp kann nur durch eine Einführung der Preisunterschiede zwischen Produktion und Konsum abgeschafft werden.

Wölzel (natl.): Es ist nicht richtig, daß die Städte durch die Erhöhung der Schlachthausgebühren einen Ausgleich für den Bergfall des Ostens sich verschaffen müssten.

Hahn (v. d. L.): Die innere Kolonisation ist auch unter Wunsch. Eine gegenteilige Behauptung ist eine Unwirklichkeit. Das Verdienst, die Wirtschaftspolitik Wissards durchgesetzt zu haben, gehört zum großen Teil dem Zentrum. Die nationalliberalen Politik war dabei sehr widerprühsaß.

Gmel (apt.): Tatsächlich zahlt die Landwirtschaft die Fleischsteuer. Völlig. Die Fleischnot besteht in der Tat. Der deutsche Kaiser selbst hat von Brodtwucher gesprochen.

Hegeler (fortsch. apt.): Konstatieren: Auch heute hat

Dr. Hahn die gewohnte Verbeugung vor dem Zentrum nicht unterlassen. Was die Fleischüberflüssigkeit in Deutschland betrifft, so kann eine solche nur durch eine Stärkung der Kleinbauern gewährleistet werden.

Zöller (apt.): Die Agitation in der liberalen Presse ist übertrieben. Die Fleischsteuerung wird, soweit sie besteht, bald vorübergehen.

Hierzu wird ein Schlußantrag angenommen. Die Interpellation ist damit erledigt. Schluß nach 6½ Uhr.

Morgen 11 Uhr steht der heutigen Tagesordnung, insbesondere Interpellation über die Kaiserrede.

Der Reichsschultheiß und die Wertzuwachssteuern. Berlin, 25. Nov. Das Präsidium des Reichsschultheiß und die Wertzuwachssteuern des Reichswirtschaftssteuergefechtes wurde vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsministers, Vermuth, mit einer längeren Rede eingeleitet, in der der Staatssekretär unter Hinweis auf den Widerstand, der viele Kreise ergreifen und auch die Kommissionsberatung im Sinne einer Abschöpfung beeinflußt hat, empfahl, sich gegenwärtig zu halten, daß bei einer Anerkennung des Einflusses von Einzelstaaten und Gemeinden das Reich die Grundlage für die außerordentliche Entwicklung des Erwerbs- und Wirtschaftslebens und damit für den Wertzuwachs an Grund und Boden bilde. Dem Reich seien nur wenig Verfehlungen zugänglich und gerade die Zinsabnehmer habe im Volksbewußtsein eine besonders tiefe Wurzel gefaßt. Durch die Zinsabnehmer sei auch Gelegenheit gegeben, an der Entwicklung unserer Heereseinrichtungen und an der Besserung des Volkes unserer Veteranen mitzuwirken. Die Kommission beschloß, die Rede des Staatssekretärs auf dem Standpunkt des Reichstagslagers. Der Abg. Wiemer hat mir vorgesetzt, daß ich als Staatssekretär anders gesprochen habe, wie als Oberbürgermeister von Danzig. Schließlich hat man schon Michael nachgefragt. Dies beweist, daß ein Minister, bei dem die Sorge für die wirtschaftlichen Interessen eines ganzen Reiches liegt, manches anders ansieht, als ein Bürgermeister, der nur beschränkte Interessen mit einem Nachdruck zu vertreten hat. Das Reichsgefechtseinsatz hat nachgewiesen, daß das in Deutschland benötigte Quantum Fleisch vorhanden ist. Wenn auch Schwankungen selbstverständlich sind, so müssen wir doch alles tun, um einem Rückgang vorzubeugen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, ob der Reichstagslager Mittel hat, um diese Nebenstände zu befechten, und ob die Kosten dieser Beziehung nicht in einem Mißverhältnis stehen zu dem Ertrag. Wir müssen die Schätzungen aufrecht erhalten. Eine Sicherstellung der Fleischversorgung für alle Zeiten ist nur möglich, wenn wir der Landwirtschaft eine gewisse Sicherheit und einen möglichen Gewinn verleihen und sie gegen die Seuchengefahr schützen. Wir würden uns also schwämmen Rückschlüsse aussetzen, wenn wir nicht unjene Rechte im eigenen Lande zu deduzieren suchten. Unsere Wirtschaftspolitik soll einheitlich agrarisch sein, Zölle und Veterinärpolitik sollen das Volk in unverzüglichlicher Weise belasten und doch setzen in den Jahren zwischen 1840 und 1850 die Lebenspreise in Hamburg höher gewesen als jemals seit Inkrafttreten des Zolltarifs. Die Behauptung, daß allein unsere Wirtschaftspolitik an der Fleischsteuerung schuld sei, wurde aus guten Gründen zurückgewiesen. Der Ausgangspunkt unserer Schulzollpolitik war zudem nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie. Es wäre grundsätzlich, aus einem vorübergehenden Anlaß oder aus theoretischen Erwägungen rütteln zu wollen an der Politik, die uns hochgebracht hat. Ich kann nur wünschen, daß das deutsche Volk die Einsicht befreien wird, daß auch durch den fünfjährigen Reichstag die Möglichkeit gegeben werden muß, die bisherige Wirtschaftspolitik beizubehalten. (Zehnster Befall rechts, Kurz bei den Sozialdemokraten: Schneiden Sie sich nur nicht!)

a. Karlsruhe, 25. Nov. Das Präsidium des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins hat auf 28. November, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. In dieser Versamml

